

# Heimattreu und weltoffen in der Hauptstadt

Die Berliner CDU bereitet sich auf den Wahlkampf vor – und diskutiert über Integration

Mit Genugtuung sieht die Berliner CDU den Stern Klaus Wowereits sinken. Zwar erreicht sie in Umfragen längst nicht 30 Prozent, und ihr Partei – und Fraktionsvorsitzender – und mutmaßlicher Spitzenkandidat bei den Abgeordnetenhauswahlen im nächsten Jahr – Frank Henkel hält sich in den Beliebtheitsranglisten auf den hinteren Plätzen auf. doch versucht die CDU unter Henkels Leitung, sich zu den wesentlichen Fragen der Stadtpolitik einen ernstzunehmenden Standpunkt zu erarbeiten, bevor sie sich dem Wahlvolk 2011 stellt.

Ein „kleiner Parteitag“ verabschiedete am Dienstagabend ein Papier zur Integrationspolitik. Geschrieben haben es die Kulturpolitikerin **Monika Grütters**, die Bundestagsabgeordnete ist, und Burkard Dregger, der im Vorstand der Berliner CDU sitzt. Man traf sich in der Aula der Herbert-Hoover-Schule in Wedding, die überregional bekannt wurde, nachdem ihre Schüler, Lehrer und Eltern vereinbarten, dass in der Schule nur Deutsche gesprochen wird. Dafür erhielt die Schule 2007 den Deutschen Nationalpreis, und die Publizität, berichtete der Schulleiter, hat ihr doppelt so viele Bewerber eingebracht, als sie Plätze hat.

Aus der Berliner CDU stammt eine in Fragen der Integrationspolitik weithin bekannte Figur, die erste Ausländerbeauftragte Deutschlands, Barbara John. Doch innerhalb der Berliner CDU galt sie traditionell als „Linksaußen“, so dass die Partei sie bis heute nicht für die Profilbildung auf diesem Feld nutzen mag. In Berlin war die CDU erfolgreich, solange sie ohne Rücksichtnahme auf die Staatsverschuldung die SPD sozialpolitisch überholte.

Seit sei 2001 abgewählt wurde, ringt sie um ein Profil und um das richtige Spitzenpersonal. Um die Koordnaten wieder zu richten, lud Henkel unlängst zu einem Gespräch über soziale Marktwirtschaft ein – mit Heiner Geißler und Josef Schlarmann von der CDU-Mittelstandsvereinigung. Nun folgt also das Thema Integration, ohne Barbara John, doch mit einem Impulsreferat von Innenminister Thomas de Maizière. Die CDU – Bundesprominenz hat mit der Berliner CDU seit Kohl und Diepgen ihre Schwierigkeiten, Ronald Pofalla brauste als CDU – Generalsekretär seine Parteifreunde sogar einmal derartig eisig ab, dass sie das Gegenteil dessen beschlossen, worum er sie gebeten hatte.

De Maizière aber wurde mit erlesener Höflichkeit behandelt. Sparsam wie ein strenger Lehrer lobte er: Die „Berliner CDU ist wieder auf dem richtigen Weg“, in der Hoover-Schule sei sie „am richtigen Ort“, sie habe sich eines wichtigen Themas angenommen. Das Papier sei „ein wichtiger Schritt“ in eine Richtung, die er so beschrieb: „Berlin braucht eine CDU, die heimattreu und weltoffen ist“. Die Mahnung des Innenministers an Wowereits Adresse, Berlins Ehrgeiz müsse darauf zielen, „besser, nicht sexier“ zu werden, mochten durchaus auch seine Parteifreunde als Ermahnung verstehen.

„Gemeinsinn und Leistung“ heißt die nun fixierte Position der Berliner CDU zur Integration. Der Antrag, den Titel in „Berliner Leitlinien zur Beendigung der Segregation von Zuwanderern durch Integration oder ansonsten durch Rückwanderung“ zu ändern, wurde abgelehnt. Kräftig wurde der Applaus immer dann, wenn Bestrafung ausländischer Straftäter oder Respekt vor deutschem Strafrecht gefordert wurde. Die CDU, warb Dregger, sei „die einzige Partei“, die Integrationspolitik „aus dem Blickwinkel der einheimischen Bevölkerung“ formuliere. Nur die CDU, so Frau Grütters, sei imstande, „aus der Perspektive

der deutschen Mehrheitsgesellschaft“ die Struktur eines „geregelten Miteinanders“ zu bestimmen. Die FDP sage zur Integration gar nichts, die Grünen hingen immer noch Multikultiträumen nach, und die SPD „tut es als Sozialthema ab“. Wowereit hat die Integration kürzlich als Priorität seiner Arbeit bezeichnet und stellt seither ausdrücklich klar, zu integrieren seien keineswegs nur Fremde, sondern auch bestimmte Deutsche.

Die Berliner CDU will bei Einwandern und Einheimischen für Integration werben, Zuwanderer sollen Leistungsträger werden und nicht Leistungsempfänger bleiben. Bildung sieht sie als Schlüssel zur Integration in den Arbeitsmarkt. Daher soll ein Sprachstandstest zwei Jahre vor Schulbeginn obligatorisch werden – und bei Bedarf sollen die Kenntnisse mit entsprechendem Förderunterricht verbessert werden. Quoten im öffentlichen Dienst lehnt die CDU ab, doch müsse er sich „für befähigte Bürger mit Zuwanderungshintergrund weiter öffnen“.

*Erschienen: FAZ, 14.04.2010.*